



Alles muss belegt werden

Neue, klare Regeln für die Repräsentationsausgaben von Landtag und Landesregierung.

Mit 20 Ja, 1 Neinstimme und 11 Enthaltungen hat der Landtag einem Gesetzentwurf von Julia Unterberger zugestimmt, der die Repräsentationsausgaben der Landesregierung, des Landtagspräsidiums und der Fraktionen genauer definiert und regelt. Einhelligkeit gab es in der Debatte zum Kernsatz des Gesetzes: Alle Ausgaben müssen belegt werden. Unter Repräsentationskosten fallen Ausgaben zur Erfüllung der Gastgeberpflichten, kleine Geschenke, wie landestypische Produkte, Pokale, Medaillen, Plaketten, Bücher, Fotografien, Drucke, Blumen und Ähnliches, Ausgaben für Feierlichkeiten und Gedenkfeiern, Glückwunsch- und Beileidschreiben sowie Initiativen zur Imagepflege des Landes einschließlich der Unterstützung schulischer Initiativen. Die Repräsentationskosten der Fraktio-

nen werden nach denselben Vorgaben gehandhabt.

Nicht angenommen wurde hingegen der Vorschlag von **Eva Klotz** und **Sven Knoll** (Süd-Tiroler Freiheit) – hinter den sich auch Freiheitliche, Grüne und BürgerUnion stellten –, die Repräsentationsfonds für die Präsidialsekretäre zu streichen. Auch der Antrag von **Pius Leitner** (Freiheitliche), alle Ausgaben im Internet zu veröffentlichen, fand keine Mehrheit. Widerstand gab es gegen die Bestimmung zu den Repräsentationsausgaben der Fraktionen: **Leitner**, **Knoll** und **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) wiesen darauf hin, dass es in ihren Fraktionen solche Ausgaben gar nicht gebe und dass diese mit einem eigenen Gesetz geregelt werden müssten, wie auch **Rosa Thaler Zelger** (SVP) meinte. **Julia Unterberger** entgegnete, dass die meisten Fraktionen Ausgaben für Repräsentationszwecke hätten und dass für diese die gleichen Regeln gelten müssten. **Walter Baumgartner** fügte hinzu, dass

die Repräsentationsausgaben der SVP-Fraktion bereits detailliert abgerechnet würden. **Mauro Minniti** (La Destra) erinnerte daran, dass er als Landtagspräsident die Belegpflicht für die Ausgaben des Präsidiums eingeführt habe. **Elena Artioli** (Lega Nord) – die einzige Abgeordnete, die gegen das Gesetz gestimmt hat – kritisierte, dass das Gesetz nur Regeln, aber keine Einschnitte für die Repräsentationsausgaben bringe. **Thomas Egger** (Freiheitliche) beanstandete vor allem den von Unternehmern finanzierten Solidaritätsfonds des Landeshauptmanns, der ein Vorhof der Korruption sei. Landeshauptmann **Luis Durnwalder** erklärte sich mit der Neuregelung einverstanden, betonte aber, dass er die Fonds bisher nach der allgemein üblichen Praxis verwaltet habe, genaue Regeln habe es keine gegeben. Er wies wie **Georg Pardeller** (SVP) auch darauf hin, dass die strengeren Regeln zu Lasten der Freiwilligenorganisationen gehen würden. ■

Einigkeit bei Einschnitten

Vezzali und Dorigatti:
gemeinsame Schritte zur
Politikkostensenkung.

Die beiden Landtagspräsidenten haben sich kürzlich in Trient auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Kürzung der Politikkosten geeinigt, für die sich nicht nur die öffentliche Meinung sondern auch die beiden Landtage ausgesprochen haben. Um vergleichbare Ergebnisse zu erzielen, soll auch der Regionalrat einbezogen werden. ■



Dorigatti und Vezzali in Trient

Anfechtung

Staat möchte weitere Millionen von Land

Der Landtag hat Ende Februar eine Sondersitzung abgehalten, um einen Anfechtungsbeschluss der Landesregierung zu ratifizieren. Dieser richtet sich gegen das sog. Stabilitätsgesetz 2013, mit dem der Staat von Südtirol weitere 60 bis 80 Mio. Euro zur Sanierung des Staatshaushalts einfordert, wie Landeshauptmann **Luis Durnwalder** berichtete. Außerdem würde der Staat mit diesem Gesetz auch in andere autonome Zuständigkeiten eingreifen, etwa beim Ankauf von Immobilien und Fahrzeugen und beim Abschluss von Verträgen, dazu kämen noch Eingriffe in die Zuständigkeit für die Sanität, die ausschließlich bei den autonomen Provinzen liege.

Sven Knoll und **Eva Klotz** (STF) stimmten der Ratifizierung zu, kritisierten aber, dass sich die Mehrheit weiterhin an diesen Staat gebunden fühle, der das Autonomiestatut regelmäßig missachte. **Pius Leitner** (F) kritisierte die nicht näher bezifferte Verpflichtung, die die SVP gegenüber dem PD zur Auffüllung der Staatskasse eingegangen sei. Und wenn der Staat Geld brauche, dann würden alle Abkommen nicht halten.

Die Anfechtung wurde bei 3 Enthaltungen ratifiziert. ■

Regeln

Der neue Ausschuss für die Geschäftsordnung

Landtagspräsident **Maurizio Vezzi** hat die Abgeordneten **Walter Baumgartner**, **Elmar Pichler Rolle**, **Arnold Schuler** und **Rosa Thaler Zelger** (SVP) sowie **Pius Leitner** (Freiheitliche) zu Mitgliedern des Geschäftsordnungsausschusses ernannt. Der Ausschuss, dem der Präsident vorsitzt, ist zuständig für die Spielregeln bei Debatten, Abstimmungen und anderen Handlungen des Landtags. ■

Familie und freie Wahl

Im Zentrum der Landtagsdebatte zum Familiengesetz stand die Frage, ob es zur Betreuung der Kinder mehr Einrichtungen oder mehr Geld für die Eltern braucht.

Landesrat **Richard Theiner** betonte in der Generaldebatte zum Familienförderungsgesetz, dass dieses nicht ideologisch ausgerichtet sei und stattdessen die Familie in all ihren Zusammensetzungen fördern wolle, durch Kindergeld, Familienpass, eine Agentur, die sich um alle Aspekte der Förderung kümmert, sowie einen Familienbeirat. Dennoch wurde es zur Grundsatzfrage der Debatte, ob man verstärkt auf Betreuungseinrichtungen setzen soll oder auf die direkte Förderung der Familien, die ihre Kinder daheim betreuen.

Für **Andreas Pöder** (BürgerUnion) ist das Gesetz einseitig auf Betreuungseinrichtungen ausgerichtet, die Direktförderung der Familien sei zu gering und eine Absicherung der Elternzeit für die Rente fehle. Auf derselben Linie lagen **Pius Leitner** und **Thomas Egger** (Freiheitliche) sowie **Elena Artioli** (Lega Nord), die eine deutliche Anhebung der Direktförderung forderten, da sonst die freie Wahl zwischen Eigen- und Fremdbetreuung nicht gegeben

sei. **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) sprach sich hingegen für mehr Investitionen in Betreuungsstrukturen; in Deutschland etwa sei die Geburtenrate durch die Direktförderung nicht höher geworden, die Frauen hingegen ärmer.

Mauro Minniti (La Destra) meinte, dass es für die Familien in dieser Krisenzeit eine deutlich stärkere Unterstützung bräuhete, etwa durch die Senkung von Steuern und Gebühren, Maßnahmen im Wohnbau und am Arbeitsmarkt. **Alessandro Urzi** (L'Alto Adige nel cuore) forderte mit Verweis auf die breite Kritik in der Öffentlichkeit, den Gesetzentwurf auszusetzen und grundsätzlich zu überarbeiten. Die schönsten Programme nützten nichts, wenn das Geld dafür fehle, kritisierte **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit), der Gesetzentwurf enthalte keine Beträge. **Martha Stocker** (SVP) verteidigte den Entwurf, da er als Rahmengesetz alle Maßnahmen für die Familien unter ein Dach bringe, Direktförderung wie Strukturen, aber auch Wohnbau, Bildung und anderes. **Otto von Dellemann** lobte, dass dieses Gesetz auch die Pflegearbeit der Familie unterstütze, ein Aspekt, der immer wichtiger werde. **Veronika Stirner Brantsch** sah die Ausrichtung des Gesetzes als gelungen an, forderte aber eine bessere finanzielle Ausstattung, auch auf Kosten anderer Haushaltskapitel, um eine echte Wahlfreiheit bieten zu können. ■



Mehr Geld oder Strukturen – was braucht eine Familie zum Glück?

Grenzen des Detailhandels



Foto: Seehauser

Einkaufszentrum: Die Handelsordnung wird nachgebessert, um Wildwuchs zu verhindern.

Gesetz zu Skilehrerberuf, Müllsteuer, Soforthilfe fürs Gadertal und Handelsordnung verabschiedet

Der Gesetzentwurf, den die Landesregierung dem Landtag vorgelegt hat, betraf ursprünglich die Ordnung der Skischulen und trug einem Einwand der EU zu einer Bestimmung Rechnung, die die gelegentliche Ausübung dieser Dienstleistung durch auswärtige Skilehrer zeitlich beschränkt. Im III. Gesetzgebungsausschuss wurden dann zusätzliche Artikel angefügt. Einer ermöglicht die dringliche Hilfe für die vom Erdbeben im Gadertal Betroffenen. Ein zweiter ermöglicht es den Gemeinden, den Zuschlag zur staatlichen Müllsteuer TARES zu reduzieren bzw. auf null zu setzen. Mit einem weiteren Artikel wird auf die Anfechtung der Handelsordnung durch die römische Regierung reagiert. Wie Landesrat **Thomas Widmann** ausführte, wird mit dieser Bestimmung vor allem der Handel in den Gewerbebezonen neu geregelt. Dieser könne von der Gemeinde nach einheitli-

chen Landeskriterien genehmigt werden, wobei die Auswirkungen auf Verkehr und Umwelt sowie auf eine ausgewogene Entwicklung des Gebietes berücksichtigt werden.

Die Opposition kritisierte das Anwachsen des ursprünglichen Skilehrergesetzes zu einem Sammelgesetz, wobei aber die Bestimmungen zu Müllsteuer, Soforthilfe und Skilehrern nicht beanstandet wurden. Die Debatte konzentrierte sich somit auf die Artikel zur Handelsordnung.

Elena Artioli (Lega Nord) bezeichnete die wiederholte Nachbesserung der Handelsordnung als nutzlos – Rom werde auch diese Fassung anfechten. Außerdem bedeute mehr Handel auch mehr Arbeitsplätze.

Alessandro Urzi (L'Alto Adige nel cuore) sprach sich eindeutig für die Liberalisierung aus und forderte mit einem Beschlussantrag, auch die Durchführungsbestimmungen der Landesregierung an diesem Prinzip auszurichten, nur so könne der Einkaufstourismus außerhalb der Landesgrenzen eingedämmt werden. Der Antrag fand nur zwei Befürworter. Für **Sven Knoll** (Südtiroler Freiheit) liegen die Gründe für den Einkaufstourismus an den steuerbedingt höheren Preisen in Südtirol und oft auch an der man-

gelnden Zweisprachigkeit in vielen Geschäften.

Die Freiheitlichen **Thomas Egger** und **Roland Tinkhauser** meinten, nicht die Regierung Monti, sondern die Landesregierung trage die Schuld daran, dass sich der Detailhandel in den Gewerbebezonen bereits ausgebreitet habe, eine Entwicklung, die europaweit nicht aufzuhalten sei, wie **Pius Leitner** befand. Die Liberalisierung bringe nur den Handelsketten etwas, aber nicht den Bürgern, meinte **Hans Heiss** (Grüne), der aber die Wirksamkeit der neuen Bestimmung anzweifelte. **Andreas Pöder** (Bürger-Union) sah in den urbanistischen Auflagen das falsche Mittel, um die Nahversorgung zu erhalten, die kleinen Läden sollten stattdessen direkt gefördert werden.

Wie Landesrat Widmann bekannte sich auch **Walter Baumgartner** (SVP) eindeutig zum Ziel, den Handel in den Ortskernen zu erhalten. Die neuerliche Gesetzesänderung sei dringend nötig, um die Autonomie in der Handelsordnung zu wahren. Sonst könnten große Handelsketten sofort und überall ihre Geschäfte eröffnen, sobald das Verfassungsgericht das bestehende Landesgesetz kippe, fügte Widmann hinzu. ■

Seniorenmensa

Lega: Gebühren wieder senken

Die Lega Nord forderte, die Gebühren der Seniorenmenschen wieder auf das Niveau vor dem Abkommen zwischen Land und Gemeinden zurückzusetzen. Diese hätten sich jüngst auf einen Höchsttarif von 7,5 Euro pro Menu (statt 4,30 €) geeinigt, erklärte **Elena Artioli**. Um diesen Preis bekomme man auch in einem privaten Self Service ein Essen. Seit der Tarifierhöhung stünden die Mensen halbleer. Vergangenes Jahr habe man mit den Sozialbetrieben und den Gemeinden Meran und Bozen ein neues Tarifsysteem vereinbart und die Zuschüsse des Landes einvernehmlich festgelegt, antwortete Landesrat **Richard Theiner**. Der Antrag wurde abgelehnt. ■

Kindergarten

La Destra: Gebühr nach Gebrauch

Ein Antrag von La Destra forderte, die Kindergartengebühren nach tatsächlicher Inanspruchnahme zu berechnen. Derzeit werde die Gebühr auch für die Weihnachtsferien oder für den Krankheitsfall erhoben, der bei Kindern recht lange dauern könne, kritisierte **Mauro Minniti**.

Sven Knoll (STF) wandte ein, dass die Gebühren nur zwischen September bis Juni eingehoben würden, **Donato Seppi** (Unitalia) forderte einen gebührenfreien Kindergarten, **Thomas Egger** (F) hingegen unterstrich, dass die Entscheidung dazu bei den Gemeinden bleiben müsse. Die Gemeinden würden derzeit im Schnitt 50 Euro im Monat verlangen, weniger, als die Verpflegung der Kinder daheim kosten würde, antwortete Landesrätin **Sabina Kasslatter Mur**. Alle Gemeinden hätten auch geeignete Kriterien, um auf Sonderfälle einzugehen. Der Antrag wurde abgelehnt. ■

Kosten des Lebens

L'Alto Adige nel cuore: Sofortmaßnahmen zu den Lebenshaltungskosten

Mit einer Untersuchung sollten die Ursachen der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol erhoben werden, forderte **Alessandro Urzi** und schlug als Sofortmaßnahme eine Senkung der Sanitätstarife vor. Außerdem sollte das Abkommen mit dem PD korrigiert werden, das den Fortbestand der antiliberalen Südtiroler Handelsordnung sichert.

Pius Leitner (Freiheitliche) verteidigte das Südtiroler Nahversorgungssystem und forderte stattdessen angemessene lokale Kollektivverträge, **Thomas Egger** sprach sich aus Qualitätsgründen gegen eine Senkung der Sanitätstarife aus. Die hohen Preise seien die Folge der hohen italienischen Steu-

erbelastung befanden **Sven Knoll** und **Eva Klotz** (Süd-Tiroler Freiheit) und sprachen sich wie **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) gegen eine Liberalisierung des Handels aus.

Es sei volkswirtschaftlich billiger, wenn die Ware dorthin gebracht werde, wo sie der Konsument zu Fuß abholen könne, verteidigte **Walter Baumgartner** (SVP) die Handelsordnung. Landesrat **Richard Theiner** betonte, dass in Südtirol im Gegensatz zu anderen Regionen die allermeisten Gesundheitsleistungen kostenlos geboten würden, Landeshauptmann **Luis Durnwalder** räumte ein, dass die Südtiroler Gehälter den Lebenshaltungskosten nicht angemessen seien. Für den Privatsektor habe das Land eine Reihe von Anreizen geschaffen, die Beamtengehälter seien hingegen von Rom eingefroren worden. Der Antrag wurde abgelehnt. ■



Muslimische Gräber in Bozen

Gleiche Grabregeln

Unitalia: Friedhofsregeln müssen auch für Andersgläubige gelten

Für alle sollten dieselben Regeln gelten, begründete **Donato Seppi** seinen Antrag. Eine Exhumierung nach Ablauf der Ruhezeit sei, obwohl hier üblich, bei den Moslems verboten. Wenn man das akzeptiere, dann werde der Platz bald nicht mehr reichen.

Das Gleichheitsprinzip wurde auch von **Eva Klotz** und **Sven Knoll**

(STF) sowie **Pius Leitner** (F). **Elena Artioli** (Lega) meinte, es sei bereits missachtet worden, als man den Muslimen in Bozen zugesagt habe, dass es keine Exhumierung geben werde.

Der Wunsch nach eigenen Flächen sei legitim, antwortete Landesrat **Richard Theiner**, aber die Gemeinde müsse das nicht gewähren. Die hygienischen Vorschriften und die Art der Bestattung seien für alle dieselbe. Exhumierungen seien wesentlich für die Planung des Platzbedarfs und würden unabhängig von der Konfession geregelt. ■

Öffentliches Gut

Landtag nimmt Antrag der Freiheitlichen gegen Privatisierung des Wassers an

Die Freiheitlichen forderten den Einsatz der Landesregierung gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Falls sie nicht zu verhindern sei, sollte man darauf achten, dass nur Wasserüberschüsse verkauft werden und der Gewinn im Lande bleibt. Mittlerweile gebe es in der EU und in Italien wieder Bestrebungen, die Wasserversorgung zu privatisieren, warnte **Pius Leitner**, dabei habe sich Italien erst vor kurzem in einem Referendum dagegen ausgesprochen. In der Debatte zum Antrag äußerten sich die Abgeordneten **Elena Artioli** (Lega Nord), **Sven Knoll** (Süd-Tiroler Freiheit), **Sigmar Stocker** (F) und **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) einhellig positiv zum Grundanliegen des Antrags, ebenso **Walter Baumgartner** (SVP), der



Öffentliches Wasser. Landtag stimmt eindeutig gegen Privatisierung

aber darauf hinwies, dass auch der EU-Vorstoß die Gemeinden nicht zu einer Privatisierung verpflichten könne.

Landesrat **Florian Mussner** bestätigte dies. Die Privatisierung des Trinkwassers sei ein emotional behaftetes Thema, und es wäre wichtig, wenn der Landtag die Linie bestätigen würde, die die Landesregierung bereits verfolge.

Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit genehmigt. ■

Mediziner-Schule

Süd-Tiroler Freiheit: Zusammenarbeit mit Innsbruck statt Eigenbau in Bozen

Die Süd-Tiroler Freiheit legte einen Alternativvorschlag zu einer Medizinischen Hochschule in Bozen vor. Demnach könnten am Krankenhaus Bozen Lehrabteilungen der Universität Innsbruck eingeführt werden, schlugen **Eva Klotz** und **Sven Knoll** vor. Damit hätte man Ausbildung und Titel einer international renommierten Universitätsklinik und zugleich attraktive Arbeitsplätze in Bozen. Auch **Hans Heiss** (Grüne), **Pius Leitner** und **Sigmar Stocker** (Freiheitliche) plädierten dafür, die bewährte Zusammenarbeit mit einer

gerade im medizinischen Bereich so renommierten Universität wie Innsbruck nicht aufzugeben.

Das Medical-School-Projekt sei kein Prestigeprojekt, es gehe darum, dass Südtirol genügend Ärzte habe, meinte **Maria Hochgruber Kuenzer** (SVP), die für eine Euregio-Lösung plädierte.

Der Wunsch, die Ausbildung im Rahmen der Euregio zu organisieren, bestehe weiterhin, erklärte Landesrat **Richard Theiner**. Für Südtiroler reservierte Studienplätze in Österreich seien aber nicht möglich. Im April würden bei einer Tagung alle Lösungsmodelle besprochen, auch jenes im vorliegenden Antrag, deswegen wolle er die heute kritisierte Medical School nicht jetzt schon ausschließen. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. ■

Mietgeld

BürgerUnion fordert Abschaffung des Beitrags

Die dafür verwendeten 40 Millionen sollten in direkte Familienförderung fließen, meinte **Andreas Pöder**, für effektive Sozialfälle bleibe die finanzielle Sozialhilfe. Die Mietbeihilfe als soziale Maßnahme habe ihre Treffsicherheit verfehlt, sie sei zum Zuwanderungsmagneten und zum Mietentreiber geworden.

Dem stimmten **Thomas Egger** und **Pius Leitner** (F) zu, äußerten aber Bedenken gegenüber einer gänzlichen Abschaffung. Man sollte einen Höchstprozentsatz einführen, maximal 20 Prozent der Miete, um die Mietenerhöhungen einzudämmen. **Elena Artioli** (Lega) plädierte für eine Umwandlung in einen Kredit zum Wohnungskauf, dann wären auch nicht mehr so viele Ausländer daran interessiert. Mit dem Mietbeitrag fördere das Land die Eigentümer, Baufirmen und Spekulanten, kritisierte **Donato Seppi** (Unitalia), während **Alessandro Urzì** (Alto Adige nel cuore) die Ursache für die hohen Preise in der politisch geförderten Knappheit an Baugrund sah. Man solle bei den Eigentümern und Baufirmen ansetzen, anstatt sich auf die Ausländer einzuschließen, meinte **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne); diese könnten kaum andere Förderungen im Wohnungsbereich beanspruchen, daher der Überhang beim Mietgeld.

Er sehe den Antrag eher als Aufforderung, grundlegend über die Materie nachzudenken, antwortete Landesrat **Richard Theiner**. Das Land habe in jüngster Zeit auch einige Verbesserungen vorgenommen, um Missbrauch zu unterbinden, etwa durch die Zusammenlegung der Förderung von Land und Bezirken. Deren Wirkung müsste erst noch geprüft werden. Eine Abschaffung ohne Ausgleichsmaßnahmen sei nicht annehmbar, wohl aber eine Zusammenlegung und Rationalisierung, damit man eine gezieltere Förderung erreichen könne. Der Antrag wurde abgelehnt. ■

Kinderrechte im Krankenhaus

Jugendanwältin besucht
Krankenhaus Bruneck

Anlässlich des Projektes: „Kinder haben Rechte - in der Welt und im Krankenhaus“, sprach Kinder- und Jugendanwältin Dr. Vera Nicolussi-Leck mit dem Leiter der Pädiatrie Bruneck, Prof. Dr. Ralf Geiger, der Pflegekoordinatorin der Pädiatrie, Hilde Gruber, und der Lehrerin der Krankenhausschule Katja Mairunteregger. Kinder der Krankenhausschule und der 5. Klasse Grundschule



Nicolussi-Leck
mit Geiger, Gruber
und Mairunteregger

Bruneck fertigen Bilder und Texte zum Thema „Kinderrechte in der Welt und im Krankenhaus“ an, welche im Mai im Foyer des Krankenhauses Bruneck besichtigt werden können. Weitere Themen des

Gesprächs waren die Kinderrechte in Südtirols Krankenhäusern, die Kinder- und Jugendpsychiatrie und die stationäre Aufnahme von Jugendlichen in eigenen Räumen. ■

Abgeordnete fragen / Landesräte antworten

Erziehungsjahre

Maria Hochgruber Kuenzer fragte, ob eine Lösung zur Rentenabsicherung der Erziehungsjahre gefunden wurde, bei der eine Gleichbehandlung von Angestellten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gewährleistet wäre. Zusammen mit der Region sei die die staatliche Rentenabsicherung integriert worden, antwortete Landesrat **Richard Theiner**. So gebe es einen Beitrag für eine verlängerte Karenzzeit (12 Monate), wenn keine Betreuungseinrichtungen in Anspruch genommen würden. Rund 3.000 Beschäftigte in der Privatwirtschaft hätten Anspruch darauf.

Er könne Pöder die Liste zeigen, wolle sie aber nicht veröffentlichen.

Gebäudekataster

Senator Pinzger habe gemeldet, dass der Termin für die Eintragung landwirtschaftlicher Gebäude in das Gebäudekataster verschoben worden sei, was aber nicht passiert sei, und nun müssten die Betroffenen Strafen zahlen, kritisierte **Ulli Mair**. Die Landesregierung sei darüber informiert worden und habe sich für eine Verschiebung ausgesprochen, antwortete Landesrat **Elmar Pichler Rolle**. Der Aufschub sei aber nicht gewährt worden, so sei nun ein Bußgeld von 129 Euro fällig.

Konzert am Hochfeiler

Hans Heiss fragte, ob ein Konzert der Rockgruppe Frei.Wild auf dem Hochfeiler unter den Gesichtspunkten von Natur- und Umweltschutz vertretbar sei und wer dafür die Genehmigung gebe. Es brauche eine Reihe von Genehmigungen für eine solche Veranstaltung, für die etwa 2.000 Leute erwartet würden, erklärte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Die Forst- und Domänenverwaltung als Grundeigentümerin habe kürzlich beschlossen, den Grund grundsätzlich nicht für solche Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Geheimfonds

Andreas Pöder bezog sich auf Berichte, wonach Unternehmen in einen Geheimfonds des Landeshauptmanns eingezahlt hätten, und fragte, was mit diesem Fonds bezahlt wurde und zu welchen Bedingungen die Unternehmen eingezahlt hätten. Es gebe keinen Geheimfonds, antwortete Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Fünf, sechs Unternehmer wollten etwas für einen guten Zweck spenden und hätten das Geld ihm anvertraut. Die Spenden seien an Personen in Not gegangen und diesen habe er die Spender genannt.

Abhörungen

Zur Entwanzung von Büros der Landesregierung fragte **Sven Knoll**, welcher Verdacht sie dazu veranlasst habe und zu welchen Ergebnissen die Untersuchung geführt habe. Abhörungen seien in Italien nicht so selten, antwortete Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Es sei gerechtfertigt, die Büros der Landesregierung von Zeit zu Zeit überprüfen zu lassen, es könnte sich ja auch um Spionage handeln. Die Gerichtbehörde ermittle, wer eventuell Abhörungen veranlasst habe.

Sparbers Auftrag

Elena Artioli fragte nach Aufgaben und Vertragsdauer von Wolfgang Sparber bei der Eurac sowie nach dessen Vergütung. Sparber sei seit 2005 Direktor des Instituts für erneuerbare Energien bei der Eurac, antwortete Landesrätin **Sabina Kasslatte Mur**. Sparber habe seit Mai 2011 einen unbefristeten Vertrag, der mit seinem Antritt bei der SEL wieder auf eine Teilzeitstelle reduziert wurde. Er beziehe ein Gehalt von 35.700 Euro brutto im Jahr. ■